

Inhaltverzeichnis für die im Jahr 2014 erschiedenen BBU-WASSER-RUNDBRIEFE:

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1031** vom 7. Febr. 2014 berichtet u.a. über folgende Themen:

„**Autonome Hochwasserhilfe: Soziale Netzwerke wieder einfangen**“. Die sich autonom via Facebook organisierende Hochwassernothilfe bei der großen Flut im Juni 2013 ist den Behörden unheimlich.

„**England zwischen Extremdürre und Jahrhunderthochwasser**“ – wie sich die seit Jan. 2014 in Südwestenengland ausbreitenden Wassermassen zur politischen Krise ausweiten.

Breiten Raum in der Nr. 1031 nimmt die umstrittene **Epoxidharzbeschichtung von Trinkwasserrohrleitungen in der Hausinstallation** ein. Vorgestellt wird das zweite Urteil des Kölner Amtsgerichts in dieser Angelegenheit. Danach müssen Mieter eine Beschichtung der Innenseite der Rohrleitungen hinnehmen – obwohl die Epoxidharze das nicht eben gesundheitsfördernde Bisphenol-A enthalten.

Und dann wird noch darüber berichtet, **dass VEOLIA die Trinkwasserversorgung in Lyon übernommen hat** – ein Geschäft von derart großer Symbol- und Prestigewirkung, dass sich der Wassermulti auch locker die Senkung der Wasserpreise in der Rhonemetropole erlauben kann.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1032** vom 9. Febr. 2014 geht es darum, ...

... ob toilettegeeignete Hygieneprodukte gelabelt werden sollen. Windeln, Putzlappen, Verbandsmaterial und andere Faserstoffe würgen zunehmend Abwasserpumpwerke ab. Deshalb wurde jetzt in der ISO ein Projekt beantragt, um Faserstoffe, die sich ähnlich wie Toilettenpapier auflösen, zu labeln („**Technische Specifications for flushable products**“). Der RUNDBR. stellt einige exemplarische Fälle vor, bei denen Abwasserpumpwerke durch Windeln und Putzlappen auch in Deutschland und in der Schweiz lahmgelegt worden sind.

Das Wasserwerk kann das Trinkwasser in noch so guter Qualität liefern – es nutzt nichts, wenn die Hausinstallation falsch gebaut oder falsch betrieben wird. Deshalb soll der Water Safety Plan zunehmend auch auf die Installationen in größeren Gebäuden angewandt werden. Was bezüglich des **Risikomanagements in der Hausinstallation** vorgesehen ist, wird im RUNDBR. 1031 ausführlich erläutert.

Unsere Mitarbeiterin aus Katalonien spießt in einem Kommentar den Nationalen Spanischen Wasserplan auf – weil der Plan **die übermäßigen Wasserentnahmen aus dem Ebro für die Bewässerungslandwirtschaft** sanktioniert. Die zu geringe Mindestwasserführung im Ebro schädigt die Gewässerökologie und vor allem das Ebro-Delta mit seiner bislang hohen Naturschutzwertigkeit.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEFE Nr. 1033 vom 31.03.14** hat sich mit folgenden Themen beschäftigt:

Jetzt erst recht? Internetkabel in Wasserleitungen verlegen!

Das Ansinnen der EU-Kommission, Wasserversorger zu zwingen, Breitbandkabel kostensparend auch in Trinkwasserleitungen zu verlegen, hatte im letzten Sommer die Wasserwelt in helle Aufregung versetzt. Angesichts des Sturms der Entrüstung hatte die EU-Kommission die – insbesondere hygienisch riskanten - Zumutungen wieder zurückgezogen (s. RUNDBR. 1027/1-4). In der BWK-Fachzeitschrift WASSER UND ABFALL 1-2/2014 unternimmt jetzt THEO WAERDER von den Stadtwerken Bonn einen neuerlichen Versuch, Akzeptanz für das Verfahren zu gewinnen. Nur wenn auch der ländliche Raum mit rasend schnellen Internetverbindungen ausgestattet werden könne, ließe sich dort das notwendige Wachstum generieren: „*Anderenfalls droht das wirtschaftliche Abstellgleis.*“ Da auch in anderen EU-Staaten anstandslos Internetkabel in Wasserleitungen eingezogen würden, müsse man das jetzt endlich auch in Deutschland praktizieren.

Warum Wasserkraftstrom besonders qualitativ ist

Dass der Strom aus Wasserkraftwerken etwas ganz besonders ist, davon ist ANTON ZELLER überzeugt. Der Schriftleiter der Zeitschrift „wassertriebwerk“ betont im Editorial der Ausgabe 2/2014, dass im Hinblick auf die anstehende Neufassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) bei der Vergütung des Wasserkraftstroms dessen Grundlastfähigkeit gebührend berücksichtigt werden müsste. Denn dank der Grundlastfähigkeit sei Wasserkraftstrom ein Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Wie man aus Wasserkraftstrom möglichst viel Geld machen kann ...

... beschreibt Dr. jur. WILHELM BUERSTEDDE in der Febr.-Ausgabe 2014 der Zeitschrift „wassertriebwerk“. Unter der Überschrift „**12,67 Cent – Vergütung bei WKA-Bestandsanlagen nach EEG 2012**“ (S. 22 – 25) analysiert der wasserkraftaffine Jurist die Veränderungen der Einspeisevergütung für Strom aus Kleinwasserkraftanlagen bis zu einer Leistung von 500 kW vom Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) 2004 über das EEG 2009 bis zum EEG 2012 (vgl. RUNDBR. 974/1-3).

Wasserkraft: Rücksichtnahme auf Fische, die erst noch kommen sollen?

In seinen Erläuterungen zum Fischpopulationsschutz nach § 35 WHG erklärt BUERSTEDDE, dass es dabei nur um den Schutz „*vorfindlicher*“ Fischpopulationen gehen könne. Fische, die man künftige erste wieder ansiedeln wolle, dürften keine Rolle spielen.

„Wesentliche ökologische Verbesserung“: Gutachten statt Bescheinigung

Desweiteren erläutert BUERSTEDDE die Einschränkungen für „Bescheinigungen“, die Umweltgutachter über „wesentliche ökologische Verbesserungen“ bei Wasserkraftanlagen erstellen können. Warum die Daumenschrauben im EEG2012 für die Umweltgutachter angezogen worden sind, erwähnt BUERSTEDDE nicht.

„Ungerechtfertigte Bereicherung“ durch Kleinwasserkraftbetreiber

Nachdem sich drei Oberlandesgerichte mit getürkten „Bescheinigungen“ befassen mussten, war auch dem Bundesumweltministerium aufgefallen, dass nicht wenige Kleinwasserkraftbetreiber dank dubioser „Gefälligkeitsbescheinigungen“ unverdientermaßen zu viel Geld gelangt waren. Deshalb hatte das Bundesumweltministerium im Juni 2013 unter der Überschrift **„Wasserkraft – Nachweis der Einhaltung gewässerökologischer Anforderungen durch Umweltgutachterbescheinigungen nach dem EEG 2009“** Erläuterungen herausgegeben, welchen Ansprüchen eine Umweltgutachter-Bescheinigung entsprechen müsse. Gefälligkeitsbescheinigungen hätten zu einer *„ungerechtfertigten Bereicherung“* geführt.

„Erfinder“ der Wasserliberalisierung bekommt den „Wasser-Nobelpreis“

Vielleicht tun wir JOHN BRISCOE Unrecht. Aber seiner Auswahl zum Träger des Stockholmer Wasserpreises („Stockholm Water Prize“) für 2014 können wir nur bedingt begrüßen. JOHN BRISCOE hatte als Gesandter der Weltbank im Jahr 1995 bei einem Besuch in Deutschland den Anstoß zur Liberalisierungsdebatte in der Wasserversorgung gegeben.

Schwerpunktthema im **RUNDBRIEF Nr. 1034 vom 02.04.14** war der Weltwassertag 2014:

22. März 2014: Die Verknüpfung von Wasser und Energie

Ungewohnt facettenreich waren die Pressemitteilungen zum Internationalen Tages des Wassers am 22. März 2014. Die UNESCO hatte dieses Jahr den Weltwassertag unter das Motto *„Wasser und Energie“* gestellt. Die vielfältigen Querbezüge zwischen Wasserwirtschaft und Energiewirtschaft inspirierten zahlreiche Organisationen zu thematisch breitgefächerten Statements. Der RUNDBR. 1034 hat einige besonders interessante Beispiele ausgesucht:

Historie des Weltwassertages - Dreißig Kuchen backen!

Wie der Internationale Tag des Wassers „erfunden“ worden ist, hat der Wupperverband in seiner Pressemitteilung zum Internationalen Wassertag erläutert. Hauptthema in der Pressemitteilung des Wupperverbandes waren die Bemühungen, in der Siedlungswasserwirtschaft den hohen Stromverbrauch zu reduzieren. Wobei der hohe Stromverbrauch ziemlich gering wird, wenn man den Elektrizitätsbedarf der Kläranlagen des Wupperverbandes auf die angeschlossenen Einwohner und Industriebetriebe umlegt. Dann beträgt der Energieaufwand nur 30 Kilowattstunden Strom für jeden Einwohner pro Jahr. *„Genau so wenig Energie benötigt man, um 30 Kuchen zu backen.“* [Klärschlammkuchen?]

Energie aus Grauwasser gewinnen

Zum Internationalen Wassertag forderte die Fachvereinigung Betriebs- und Regenwassernutzung sowohl die Klimatisierung von Gebäuden mit Hilfe der Regenwassernutzung als auch die Wärmerückgewinnung aus Grauwasser offensiver als bislang voranzutreiben. Zur Wärmerückgewinnung aus Grauwasser in Wohngebäuden, schreibt die fbr: *„Im Vergleich zur Wärmerückgewinnung aus kommunalem Abwasserkanälen ist die dezentrale Wärmerückgewinnung im Gebäude (...) etwa 15-fach energieeffizienter.“*

Wassersportler gegen Wasserkraft

Den Weltwassertag 2014 nutzte der Deutsche Kanu-Verband dazu, um gegen die Kleinwasserkraftwerke zu wettern. Die Kanuten bezogen sich dabei „*ausdrücklich*“ auf ein Positionspapier des Kuratoriums Sport und Natur unter dem Titel „**WASSERKRAFT UND DURCHGÄNGIGKEIT - Grundpositionen zum Weltwassertag 2014: Wasser und Energie**“.

Leitungswasser trinken ist klimaschonend.

Die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) stellte in ihrer Pressemitteilung zum Weltwassertag einen Vergleich der CO₂-Fußabdrücke von Leitungswasser und Flaschenwasser an. Auf jeden Fall könne man festhalten, dass „*der CO₂-Fußabdruck von Leitungswasser im Verhältnis zum Flaschenwasser um mindestens 200 bis über 1000 Mal geringer*“ sei.

Wasser, Energie und Wasserraub

Der Weltfriedensrat veröffentlichte in seiner Pressemitteilung zum Weltwassertag 2014 drei Thesen zum „Menschenrecht auf Wasser“. Für weitere Details verwies der Weltfriedensrat auf seine gutgemachte Homepage

www.wasserraub.de

Gabriels Angriff auf die Klärgasverstromung

Die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) nutzte die Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, dass die geplante Neufassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) die energetische Optimierung der Kläranlagen torpedieren könnte.

Südhessisches Ried: Das Grundwasser im Keller unter den Tisch kehren?

Angesichts des „Grundwasserhochstandes“ liegen im Ried vielerorts die Nerven blank. Eine Machbarkeitsstudie zur differenzierten Anhebung des Grundwasserspiegels in den trockenheitsbetroffenen Waldarealen veranschlagt Investitionskosten von 100 Mio. Euro Kosten!

Schwerpunktthema der **Ausgabe 1035 des BBU-WASSER-RUNDBRIEFES vom 1. Juni 2014** ist die fortdauerende **Versalzung von Werra und Weser**. Über die Lösungsmöglichkeiten hat sich eine **Kontroverse** – auch zwischen den Umweltverbänden - entwickelt. Die geplante **Pipeline** vom osthessischen Kalirevier in die Nordsee zur Ableitung der Salzlauge stößt nicht überall auf Begeisterung. Zur Debatte steht auch ein „**Verdampfungskraftwerk**“, mit dem die Salzlauge vor Ort energieaufwändig eingedampft werden könnte. Der RUNDBR. erläutert die unterschiedlich Sichtweisen. Letztlich stellt sich die Frage, ob eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Landwirtschaft überhaupt Kalidünger benötigt?

Vorgestellt wird weiterhin eine „zerrüttete Beziehung“: **In Bayern haben zwei Wasserversorger ihr Gesundheitsamt verklagt**. Den Wasserversorgern erscheinen die Auflagen des Gesundheitsamtes zur Bekämpfung einer mikrobiologischen Verkeimung völlig unverhältnismäßig. Dass sich Wasserversorger und Amtsarzt vor dem Verwaltungsgerichtshof treffen, ist eine bislang in Deutschland einmalige Affäre.

Ebenfalls in Bayern ist es zu einer **digitalen Empörungswelle gegen einen Wasserversorger** gekommen. Wegen einer fast achtwöchigen „Hochchlorung“ aufgrund einer vermeintlichen mikrobiellen Verkeimung hat sich der Zorn der Internet-Trolle gegen die Stadtwerke Rosenheim gerichtet. Letztlich war die Verkeimung darauf zurückzuführen, dass die speziell zur Probenahme installierten Wasserhähne verkeimt waren – und zwar die Handdichtungen dieser Probenahmewasserhähne.

Schwerpunktthema der **Ausgabe 1036 des BBU-WASSER-RUNDBRIEFS vom 03. Juni 2014** ist **das mögliche hygienische Risiko, das von Biogasanlagen ausgehen könnte**. Die mysteriöse „**Faktorenkrankheit**“ (auch „**chronischer Botulismus**“ genannt) bei Rindern könnte auf pathogene Keime in Biogassubstraten und in Gülle zurückzuführen sein. Sollte an dieser Hypothese etwas dran sein, dann bestünde auch ein hygienisches Risiko für das Grundwasser unterhalb der Flächen, die mit Biogassubstraten und Gülle gedüngt werden.

Zweites Schwerpunktthema im RUNDBR. 1036 sind die Bemühungen des baden-württembergischen Umweltministeriums, die **Belastung der Gewässer mit Pharmawirkstoffen** einzuschränken. Im Stuttgarter Umweltministerium hat man die Befürchtung, dass schneller als gedacht Reglementierungen aus Brüssel kommen könnten. In Zusammenarbeit und in Abstimmung mit den interessierten Kreisen will man auf die zu erwartenden **Maßnahmen der EU-Kommission** rasch reagieren können.

Und dann gibt es noch zwei Hinweise auf von uns empfohlene Veranstaltungen – zum einen auf **die ersten rheinischen Naturschutztage Anfang Aug. in Königswinter**, zum anderen auf ein Seminar zu den **Implikationen der anstehenden Reform des erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG) auf den Gewässerschutz**. Dabei wird es am 27. Juni in Freiburg insbesondere um die weitere Förderung der **Wasserkraft** und des **Energiepflanzenanbaus** für Biogasanlagen gehen.

Schwerpunktthema der **Ausgabe 1037 des BBU-WASSER-RUNDBRIEFES vom 1. Juli 2014** ist die bemerkenswerte **Generalrevision des Wassergesetzes in Ecuador**. Das neue Wassergesetz des Andenstaates **verbietet nämlich die Privatisierung des „Wassers“**. Der Verabschiedung des neuen Wassergesetzes war eine breite Debatte vorangegangen, in der über vier Jahre hinweg über den Gesetzesentwurf heftig gestritten wurde. Insbesondere die indigenen Völker Perus sind nach wie vor misstrauisch und befürchten, dass es durch die Hintertür doch zur privaten Aneignung der Wasserressourcen durch Bergbaukonzerne und Großplantagenbesitzer kommen könnte. Außerdem kritisieren die Indigenen, dass die **Bürgerbeteiligung in der Wasserwirtschaft** von Ecuador zu kurz kommt.

Zweites Thema im RUNDBR. 1037 ist das drohende Scheitern einer von den Umweltverbänden initiierten Klage der EU-Kommission gegen Deutschland und einige andere EU-Mitgliedsstaaten. Die Umweltverbände hatten sich bei der Kommission beschwert, **weil Deutschland nicht alle „Wasserdienstleistungen“ mit kostendeckenden Preisen belegt habe**. Der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof hat jetzt argumentiert, dass die Umweltverbände die EG-

Wasserrahmenrichtlinie zu dogmatisch auslegen würden. Für eine Klage bestehe kein Anlass. In den deutschen Wasserwirtschaftsverwaltungen soll es beim Bekanntwerden des Plädoyers offenen Szenenapplaus gegeben haben.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1038** vom **03. Juli 2014** berichtet über einen Vorstoß der privaten Wasserkonzerne in England und Wales zur zeitlichen Streckung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Den von der WRRL vorgeschriebenen »guten ökologischen Zustand« in den Gewässern der EU bis 2027 zu erreichen, sei unrealistisch. Deshalb solle den EU-Mitgliedsstaaten der Freiraum geöffnet werden, weitere Bewirtschaftungszyklen nach 2027 zu praktizieren. Bei den Akteuren in der deutschen Wasserwirtschaft rennt WaterUK mit der **Forderung nach einer Aufweichung der WRRL** offene Türen ein.

Unerwartete Schützenhilfe bekommen die Umweltverbände bei ihrer Forderung, entlang der Bäche und Flüsse **möglichst breite Gewässerrandstreifen** auszuweisen. Ausgerechnet die Pestizidindustrie hat jetzt diese Forderung übernommen – natürlich nicht ganz uneigennützig. Denn die Pestizidindustrie erhofft sich von breiten Gewässerrandstreifen geringere Pestizidkonzentrationen in den Fließgewässern.

Ein weiteres Thema im RUNDBR. 1038 ist **der eskalierende Wasserstress in Ecuador**. Der Klimawandel und eine Überweidung des Páramos (einer unwirtliche Andenregion in etwa 3.500 m Höhe) haben eine geringere Grundwasserneubildung zur Folge. Damit werden die Trinkwasserversorgung und Bewässerungslandwirtschaft in den bevölkerungsreichen Tallagen an der Pazifikküste zunehmend gefährdet. Um die prekärer werdende Grundwasserneubildung zu stabilisieren, versucht die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) Kleinbauern und Wasserversorger zusammenzuspannen.

Auch das **Sedimentmanagement in der Elbe** wird im RUNDBR. 1038 näher beleuchtet. Die Sedimente, die sich im Hamburger Hafen ablagern, sind immer noch so hoch mit Schadstoffen belastet, dass die Entsorgung des schwarzen Schlicks teuer zu stehen kommt. Die Flussgebietsgemeinschaft Elbe hat jetzt einen Sedimentmanagement-Report vorgelegt, der die Ursachen der Schadstoffbelastung analysiert und Lösungsvorschläge diskutiert. Das Fazit von Sachkennern: „Lesenswert!“.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1039 vom 24. Juli 2014** informiert ausführlich darüber, **dass sich auch in Deutschland in 25 Prozent aller pflanzlichen Lebensmittelproben ein längst verbotenes Totalherbizid nachweisen lässt!** Es geht um **Chlorat**, das sich u.a. bei der Chlorung von (Trink-)Wasser bildet – und zwar um so mehr, je mehr organische Bestandteile im Wasser enthalten sind. In den USA könnte das dort breit angewandte Hydrocooling-Verfahren bei der Haltbarmachung von pflanzlichen Lebensmitteln eine Ursache der hohen Chloratbelastung in US-Lebensmitteln sein. Chlorat beeinträchtigt die Schilddrüsenfunktion und schädigt die roten Blutkörperchen.

Ferner findet sich im RUNDBR. 1039 eine Rezension der neuen Loseblattsammlung **„Trinkwasser aktuell – Handbuch“**. Fazit: Sehr praktisch wegen dem Zugriff auf die

im Internet hinterlegten Dokumente sowie auf die digitale Fassung der Loseblattsammlung. Ansonsten: Noch viel Luft nach oben.

Des Weiteren wird berichtet, was **Antibiotika im (Acker-)Boden** anrichten könnten. Fazit: Noch viel Spekulation und noch wenig gesichertes Wissen.

Zum Schluss wird darauf hingewiesen, dass die DWA praxiserfahrene Fischversteher sucht, die bei der Erstellung des neuen DWA-Merkblattes „**Fischaufstiegsanlagen und fischpassierbare Bauwerke – Gestaltung, Bemessung, Qualitätssicherung**“ (DWA-M 509) mitarbeiten wollen.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1040 vom 26. Juli 2014** werden **schiefe Argumente bei der Diskussion um Sinn und Unsinn des „Wassersparens“** aufgespießt. Muss man Abwasserrohre tatsächlich mit Trinkwasser spülen? Und erhöht Wassersparen wirklich die Trinkwasserrechnung?

Berichtet wird außerdem darüber, dass in die neu gefasste Abwasserverordnung eine Verpflichtung zur **Phosphorrückgewinnung** nicht aufgenommen wurde, dass aber nochmals das eh schon geltende **Gebot zum energieeffizienten Betrieb** von Kläranlagen herausgehoben wurde.

Schwerpunktthema der Ausgabe 1040 ist ein Mal mehr das **Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP)** und die immer noch offene Frage, inwieweit TTIP auch die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung mit in den Liberalisierungsstrudel reißen könnte. Auch das derzeit in Verhandlungen sich befindliche internationale Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen („**Trade in Services Agreement**“ (**TISA**)) könnte „wasserrelevant“ werden. Besonders kritisch bei TISA: Dienstleistungen, die ein Mal privatisiert wurden, dürfen nie mehr rekommunalisiert werden.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1041 vom 28. Juli 2014** wird im Zusammenhang mit den TTIP-Befürchtungen die Frage gestellt, ob der EU-Vertrag die Wasserversorgung vor **Investorschiedsgerichten** schützen könnte. Wie Schiedsgerichte jetzt schon tätig werden, zeigt das Beispiel von **VEOLIA**, das vor einem Schiedsgericht gegen die Mindestlöhne für ägyptische Müllwerker prozessiert.

Sodann geht es um den **Water Safety Plan**. Der Vorschlag der Weltgesundheitsorganisation zur integralen Risikobeurteilung vom Wassergewinnungsgebiet bis zum Zapfhahn kann auf ein zehnjähriges „Jubiläum“ zurückblicken, so dass sich jetzt die Frage stellt, wie dieses Instrument zur ganzheitlichen Risikobeurteilung weiterentwickelt und in der Praxis der Wasserversorger besser als bislang umgesetzt werden kann.

Anschließend wird darüber informiert, dass wohl damit zu rechnen ist, dass in **der anstehenden Revision der EG-Trinkwasserrichtlinie auch Grenz- oder Leitwerte für Parasiten und Viren** aufgenommen werden.

Vorgestellt werden des Weiteren die wesentlichen Inhalte der Neufassung des grundlegenden DVGW-Arbeitsblattes „**Anforderungen an die Qualifikation und die**

Organisation von Trinkwasserversorgern“ (W 1000). Als Wasserkonsument sollte man nur denjenigen Wasserversorgern vertrauen, die W1000 vollumfänglich einhalten.

Zum Schluss wird auf der Grundlage des Fachzeitschriftenaufsatzes „**Flexible Gewinnungskonzepte als Beitrag zur Klimawandel-Anpassung – Praxisbeispiele aus dem Vogelsberg**“ über die Bemühungen zu einer weniger umweltschädlichen Wassergewinnung am hessischen Vogelsberg informiert.

Schwerpunktthema im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1042 vom 30. Juli 2014** sind die ethisch heiklen Überlegungen zur **Gefährdungsabschätzung von Chrom[VI] im Trinkwasser**. Für das krebsauslösende Chrom[VI] muss wohl eine lineare Expositionsrisiko-Kurve angenommen werden, daraus würde sich ein sehr scharfer Grenzwert von nur 0,3 Mikrogramm Chrom[VI] pro Liter ergeben – ein Grenzwert, der vermutlich von zahlreichen Wasserversorgern in Deutschland **gerissen** würde. Dies könnte neue Herausforderungen bei der Risikokommunikation nach sich ziehen.

Zweites Schwerpunktthema in der Ausgabe 1042 sind **die möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Trinkwasserversorgung und die Bewässerungslandwirtschaft** – und die Erörterung der **Zielkonflikte**, die sich hier anbahnen könnten. Kurz referiert werden diesbezüglich folgende Fachaufsätze aus der DVGW-Zeitschrift ENERGIE-WASSER-PRAXIS 6/2014:

- „Auswirkungen von möglichen Klimaänderungen auf die Grundwasserneubildung in der Metropolregion Hamburg“
- „Nutzungskonkurrenzen - zukunftsfähige Feldberegnung und Wasserbedarf der öffentlichen Versorgung“
- „Klimawandel - Anpassungsmaßnahmen in der Bewässerungslandwirtschaft“
- „Modellierung des Bodenwasserhaushaltes landwirtschaftlich genutzter Flächen im Kontext des Klimawandels“

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1045 vom 15. Oktober 2014** wird die Berichterstattung aus der Ausgabe Nr. 1044 über den **Report der EU-Kommission zur Lage der Trinkwasserversorgungen in Europa** fortgesetzt. In dem Bericht geht die EU-Kommission davon aus, dass vor allem die kleinen Wasserversorger in der EU eine schlechte Performance haben. Ferner will die Kommission gegen löchrige Rohrleitungen bei den Wasserversorgern vorgehen. Der EU-Trinkwasserreport war mit einer Online-Umfrage verbunden. Der RUNDBR. stellt den Fragenkatalog vor und kommentiert die Fragen – vor allem die Frage, die auf die Einführung eines Regulierungssystems hinauslaufen könnte.

Der RUNDBR. 1045 informiert auch über die Klageandrohung der EU-Kommission gegenüber Deutschland wegen nach wie vor zu hoher Nitratkonzentrationen im Grundwasser. Berichtet wird über unterschiedliche Statements zu der Klageandrohung und zur jahrelangen Verschleppung einer Novelle der Düngeverordnung. Eine Klageandrohung der Kommission hat auch Italien am Hals – wegen der regionalen Überschreitung der Grenzwerte von Fluorid und Arsen.

Hingewiesen wird auch auf 600ste Jubiläumsausgabe der Fachzeitschrift „**wasserwirtschaft-wassertechnik**“, in der u.a. über energieeffiziente Abwasserpumpen berichtet wird.

Interessant ist, dass die Berliner Wasserbetriebe jetzt einen Kundenbeirat einberufen – was bei den Wasseraktivisten in Berlin aber keine Begeisterung auslöst. Dort verlangt man nicht nur eine Mitspracherecht, sondern ein Mitentscheidungsrecht.

Thema des **BBU-WASSER-RUNDBRIEFS Nr. 1046 vom 17. Okt. 2014** ist die Bioökonomie. Dabei geht es um die Umstellung einer fossil basierten Wirtschaft auf eine Biomasse basierte Wirtschaft. Äußerst fraglich ist jedoch, ob es auf dem Globus überhaupt genügend Süßwasser gibt, um die Biomassen anzubauen, die man für die Bioökonomie braucht. In dem Zusammenhang berichtet der RUNDBR. 1046 auch über Möglichkeiten und Grenzen, um aus Algen Kerosin zu produzieren.

Schwerpunktmäßig informiert der RUNDBR. 1046 über die Vernutzung von Reserveantibiotika in der Massentierhaltung. Zum Glück schlagen die Antibiotika bislang noch nicht ins Grundwasser durch.

Hingewiesen wird auf die Fachzeitschrift **Hydrologie und Wasserbewirtschaftung**, die in der Ausgabe Nr. 4/2014 einen sehr interessanten Aufsatz über Rückkoppelungen in der Ökohydrologie enthält: „Kleine Larve – große Wirkung“. Die Zeitschrift enthält auch einen Bericht über die Extremdürre von 1540, die den Extremsommer 2003 weit »in den Schatten« gestellt hat.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1047 vom 19. Okt. 2014** geht es um die großräumige Belastung des Grundwassers zwischen Baden-Baden und Rastatt mit Polyfluorierten Tensiden (PFT). Eine dubiose Kompostfirma hatte den Bauern Kompost angedreht, der hohe Konzentrationen der praktisch nicht abbaubaren Verbindung enthalten hatte. Die PFT-Affäre hat für kommunalpolitischen Zwist geführt.

Im Hinblick auf die Warsteiner Legionellen-Drama vom Aug./Sep. 2014 hat die Staatsanwaltschaft alle Verfahren eingestellt. Niemanden konnte ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen werden. Derzeit wird sowohl die nach wie vor hochgradig mit Legionellen belastete Werkskläranlage der Warsteiner Großbrauerei als auch die kommunale Kläranlage in Warstein so umgebaut, dass die Legionellenbelastung und -freisetzung hoffentlich signifikant eingeschränkt werden kann.

Der Ölsanabbau in Kanada ist enorm wasserintensiv und wasserverschmutzend. Jetzt ist die EU-Kommission eingeknickt und erlaubt den Import von Kraftstoffen, die aus den Ölsanden gewonnen werden. Die schlechte Treibhausbilanz der Ölsand-Treibstoffe könne man ja mit „Biosprit“ kompensieren.

Die Berichterstattung des RUNDBRIEFS über die Nordsee-Salzpipeline aus dem osthessischen Kalirevier hat in der Redaktion des Küstenmagazins WATERKANT für Aufregung gesorgt. Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1048 vom 21. Okt. 2014** berichtet über die wichtigsten Kritikpunkte aus der WATERKANT-Redaktion. Zur

Klarstellung druckt der RUNDBRIEF einen Kommentar unter der Überschrift „*Die Nordsee-Pipeline als Fortsetzung der Hohe-Schornstein-Politik*“ ab.

Schwerpunktthema im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1049 vom 28. November 2014** ist der **leichtfertige Umgang mit den Menschenrechten bei ISO-Normung** zur „nachhaltigen“ Biomasse, die energetisch genutzt werden kann. An der Normung wirken wir mit, damit die Wasser Aspekte genügend zur Geltung kommen. Dabei ist uns allerdings aufgefallen, dass bei der ISO die Menschenrechte „skaliert“ werden – nach dem Motto: *Wie viel Prozent Sklaven- und Kinderarbeit dürfen es denn sein?*

Alle warten darauf, dass sich die Bundesumweltministerin und der Bundlandeslandwirtschaftsminister endlich auf die längst überfällige **Verordnung über den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** (AwSV) einigen. Da sich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt quer legt (wegen der Reglementierung der Anlagen zur Lagerung von Jauche, Gülle und Silage), hängt die Verordnung weiterhin in der Luft. Wir haben uns deshalb an die Bundesumweltministerin und an die grünen Landesumweltminister gewandt.

Im Juni 2014 hatten wir uns zu den „**wichtigsten Bewirtschaftungsfragen**“ im **Rheineinzugsgebiet geäußert**. Nach fast einem halben Jahr haben wir jetzt ein Antwortschreiben der Flussgebietsgemeinschaft Rhein erhalten. Darin erklären uns die deutschen Rheinanliegerländer, warum der Fortschritt bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie eine Schnecke ist.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1050 vom 30. November 2014** stellt ein Gutachten vor, in dem das Umweltbundesamt (UBA) zur Lösung der Werra-/Weser-Salzproblematik den **Bau der „Nordsee-Pipeline“** empfiehlt. Wir finden das keine gute Idee und plädieren an Stelle der „Fernentsorgung“ für die Durchsetzung des produktionsintegrierten Umweltschutzes beim K+S-Konzern. Und wir wundern uns, warum sich ausgerechnet das UBA vom K+S-Konzern um den Finger wickeln lässt.

Interessant erscheint uns ein Vorschlag der AUGSBURGER ALLGEMEINEN zur Lösung der **Unterlieger-Oberlieger-Auseinandersetzungen beim Hochwasserrückhalt**: Wer Überflutungsgelände mit Gewerbegebieten zupflastert und dann jahrzehntelang von der Gewerbesteuer profitiert, sollte sich finanziell am Bau von Hochwasserrückhaltmaßnahmen bei den Oberliegern beteiligen.

Dass ein **Vogtländer Wasserversorger Wasser über die Grenze an tschechische Nachbargemeinde liefert**, ist zwar solidarisch – könnte die EU-Kommission aber auf den Gedanken kommen lassen, wegen des grenzüberschreitenden „Wasserhandels“ erneut einen Liberalisierungsvorstoß zu starten. In der Brüsseler EU-Denke müssen bei grenzüberschreitenden Lieferungen im EU-Binnenmarkt „faire Wettbewerbsbedingungen“ gewährleistet sein.

Groß vorgestellt wird der **Huchen – auch als „Donaulachs“** bekannt. Der zum Fisch des Jahres 2015 gekürte Huchen ist aufgrund der Laufzerstückelung durch zahlreiche Wasserkraftanlagen im Donaeinzugsgebiet inzwischen eine äußerst rare Art.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1045 vom 15. Oktober 2014** wird die Berichterstattung aus der Ausgabe Nr. 1044 über den **Report der EU-Kommission zur Lage der Trinkwasserversorgungen in Europa** fortgesetzt. In dem Bericht geht die EU-Kommission davon aus, dass vor allem die kleinen Wasserversorger in der EU eine schlechte Performance haben. Ferner will die Kommission gegen löchrige Rohrleitungen bei den Wasserversorgern vorgehen. Der EU-Trinkwasserreport war mit einer Online-Umfrage verbunden. Der RUNDBR. stellt den Fragenkatalog vor und kommentiert die Fragen – vor allem die Frage, die auf die Einführung eines Regulierungssystems hinauslaufen könnte.

Der RUNDBR. 1045 informiert auch über die Klageandrohung der EU-Kommission gegenüber Deutschland wegen nach wie vor zu hoher Nitratkonzentrationen im Grundwasser. Berichtet wird über unterschiedliche Statements zu der Klageandrohung und zur jahrelangen Verschleppung einer Novelle der Düngeverordnung. Eine Klageandrohung der Kommission hat auch Italien am Hals – wegen der regionalen Überschreitung der Grenzwerte von Fluorid und Arsen.

Hingewiesen wird auch auf 600ste Jubiläumsausgabe der Fachzeitschrift „wasserwirtschaft-wassertechnik“, in der u.a. über energieeffiziente Abwasserpumpen berichtet wird.

Interessant ist, dass die Berliner Wasserbetriebe jetzt einen Kundenbeirat einberufen – was bei den Wasseraktivisten in Berlin aber keine Begeisterung auslöst. Dort verlangt man nicht nur eine Mitspracherecht, sondern ein Mitentscheidungsrecht.

Thema des **BBU-WASSER-RUNDBRIEFS Nr. 1046 vom 17. Okt. 2014** ist die Bioökonomie. Dabei geht es um die Umstellung einer fossil basierten Wirtschaft auf eine Biomasse basierte Wirtschaft. Äußerst fraglich ist jedoch, ob es auf dem Globus überhaupt genügend Süßwasser gibt, um die Biomassen anzubauen, die man für die Bioökonomie braucht. In dem Zusammenhang berichtet der RUNDBR. 1046 auch über Möglichkeiten und Grenzen, um aus Algen Kerosin zu produzieren.

Schwerpunktmäßig informiert der RUNDBR. 1046 über die Vernutzung von Reserveantibiotika in der Massentierhaltung. Zum Glück schlagen die Antibiotika bislang noch nicht ins Grundwasser durch.

Hingewiesen wird auf die Fachzeitschrift **Hydrologie und Wasserbewirtschaftung**, die in der Ausgabe Nr. 4/2014 einen sehr interessanten Aufsatz über Rückkoppelungen in der Ökohydrologie enthält: „Kleine Larve – große Wirkung“. Die Zeitschrift enthält auch einen Bericht über die Extremdürre von 1540, die den Extremsommer 2003 weit »in den Schatten« gestellt hat.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1047 vom 19. Okt. 2014** geht es um die großräumige Belastung des Grundwassers zwischen Baden-Baden und Rastatt mit Polyfluorierten Tensiden (PFT). Eine dubiose Kompostfirma hatte den Bauern Kompost angedreht, der hohe Konzentrationen der praktisch nicht abbaubaren Verbindung enthalten hatte. Die PFT-Affäre hat für kommunalpolitischen Zwist geführt.

Im Hinblick auf die Warsteiner Legionellen-Drama vom Aug./Sep. 2014 hat die Staatsanwaltschaft alle Verfahren eingestellt. Niemanden konnte ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen werden. Derzeit wird sowohl die nach wie vor hochgradig mit Legionellen belastete Werkskläranlage der Warsteiner Großbrauerei als auch die kommunale Kläranlage in Warstein so umgebaut, dass die Legionellenbelastung und -freisetzung hoffentlich signifikant eingeschränkt werden kann.

Der Ölsanabbau in Kanada ist enorm wasserintensiv und wasserverschmutzend. Jetzt ist die EU-Kommission eingeknickt und erlaubt den Import von Kraftstoffen, die aus den Ölsanden gewonnen werden. Die schlechte Treibhausbilanz der Ölsand-Treibstoffe könne man ja mit „Biosprit“ kompensieren.

Die Berichterstattung des RUNDBRIEFS über die Nordsee-Salzpipeline aus dem ostthessischen Kalirevier hat in der Redaktion des Küstenmagazins WATERKANT für Aufregung gesorgt. Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1048 vom 21. Okt. 2014** berichtet über die wichtigsten Kritikpunkte aus der WATERKANT-Redaktion. Zur Klarstellung druckt der RUNDBRIEF einen Kommentar unter der Überschrift „*Die Nordsee-Pipeline als Fortsetzung der Hohe-Schornstein-Politik*“ ab.

Schwerpunktthema im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1049 vom 28. November 2014** ist der **leichtfertige Umgang mit den Menschenrechten bei ISO-Normung** zur „nachhaltigen“ Biomasse, die energetisch genutzt werden kann. An der Normung wirken wir mit, damit die Wasserasspekte genügend zur Geltung kommen. Dabei ist uns allerdings aufgefallen, dass bei der ISO die Menschenrechte „skaliert“ werden – nach dem Motto: *Wie viel Prozent Sklaven- und Kinderarbeit dürfen es denn sein?*

Alle warten darauf, dass sich die Bundesumweltministerin und der Bundeslandwirtschaftsminister endlich auf die längst überfällige **Verordnung über den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** (AwSV) einigen. Da sich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt quer legt (wegen der Reglementierung der Anlagen zur Lagerung von Jauche, Gülle und Silage), hängt die Verordnung weiterhin in der Luft. Wir haben uns deshalb an die Bundesumweltministerin und an die grünen Landesumweltminister gewandt.

Im Juni 2014 hatten wir uns zu den „**wichtigsten Bewirtschaftungsfragen**“ im **Rheineinzugsgebiet geäußert**. Nach fast einem halben Jahr haben wir jetzt ein Antwortschreiben der Flussgebietsgemeinschaft Rhein erhalten. Darin erklären uns die deutschen Rheinanliegerländer, warum der Fortschritt bei der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie eine Schnecke ist.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1050 vom 30. November 2014** stellt ein Gutachten vor, in dem das Umweltbundesamt (UBA) zur Lösung der Werra-/Weser-Salzproblematik den **Bau der „Nordsee-Pipeline“** empfiehlt. Wir finden das keine gute Idee und plädieren an Stelle der „Fernentsorgung“ für die Durchsetzung des produktionsintegrierten Umweltschutzes beim K+S-Konzern. Und wir wundern uns, warum sich ausgerechnet das UBA vom K+S-Konzern um den Finger wickeln lässt.

Interessant erscheint uns ein Vorschlag der AUGSBURGER ALLGEMEINEN zur Lösung der **Unterlieger-Oberlieger-Auseinandersetzungen beim Hochwasserrückhalt**: Wer Überflutungsgelände mit Gewerbegebieten zupflastert und dann jahrzehntelang von der Gewerbesteuer profitiert, sollte sich finanziell am Bau von Hochwasserrückhaltmaßnahmen bei den Oberliegern beteiligen.

Dass ein **Vogtländer Wasserversorger Wasser über die Grenze an tschechische Nachbargemeinde liefert**, ist zwar solidarisch – könnte die EU-Kommission aber auf den Gedanken kommen lassen, wegen des grenzüberschreitenden „Wasserhandels“ erneut einen Liberalisierungsvorstoß zu starten. In der Brüsseler EU-Denke müssen bei grenzüberschreitenden Lieferungen im EU-Binnenmarkt „faire Wettbewerbsbedingungen“ gewährleistet sein.

Groß vorgestellt wird der **Huchen – auch als „Donaulachs“** bekannt. Der zum Fisch des Jahres 2015 gekürte Huchen ist aufgrund der Laufzerstückelung durch zahlreiche Wasserkraftanlagen im Donaeinzugsgebiet inzwischen eine äußerst rare Art.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1045 vom 15. Oktober 2014** wird die Berichterstattung aus der Ausgabe Nr. 1044 über den **Report der EU-Kommission zur Lage der Trinkwasserversorgungen in Europa** fortgesetzt. In dem Bericht geht die EU-Kommission davon aus, dass vor allem die kleinen Wasserversorger in der EU eine schlechte Performance haben. Ferner will die Kommission gegen löchrige Rohrleitungen bei den Wasserversorgern vorgehen. Der EU-Trinkwasserreport war mit einer Online-Umfrage verbunden. Der RUNDBR. stellt den Fragenkatalog vor und kommentiert die Fragen – vor allem die Frage, die auf die Einführung eines Regulierungssystems hinauslaufen könnte.

Der RUNDBR. 1045 informiert auch über die Klageandrohung der EU-Kommission gegenüber Deutschland wegen nach wie vor zu hoher Nitratkonzentrationen im Grundwasser. Berichtet wird über unterschiedliche Statements zu der Klageandrohung und zur jahrelangen Verschleppung einer Novelle der Düngeverordnung. Eine Klageandrohung der Kommission hat auch Italien am Hals – wegen der regionalen Überschreitung der Grenzwerte von Fluorid und Arsen.

Hingewiesen wird auch auf 600ste Jubiläumsausgabe der Fachzeitschrift „**wasserwirtschaft-wassertechnik**“, in der u.a. über energieeffiziente Abwasserpumpen berichtet wird.

Interessant ist, dass die Berliner Wasserbetriebe jetzt einen Kundenbeirat einberufen – was bei den Wasseraktivisten in Berlin aber keine Begeisterung auslöst. Dort verlangt man nicht nur eine Mitspracherecht, sondern ein Mitentscheidungsrecht.

Thema des **BBU-WASSER-RUNDBRIEFS Nr. 1046 vom 17. Okt. 2014** ist die Bioökonomie. Dabei geht es um die Umstellung einer fossil basierten Wirtschaft auf eine Biomasse basierte Wirtschaft. Äußerst fraglich ist jedoch, ob es auf dem Globus überhaupt genügend Süßwasser gibt, um die Biomassen anzubauen, die man für die Bioökonomie braucht. In dem Zusammenhang berichtet der RUNDBR. 1046 auch über Möglichkeiten und Grenzen, um aus Algen Kerosin zu produzieren.

Schwerpunktmäßig informiert der RUNDBR. 1046 über die Vernutzung von Reserveantibiotika in der Massentierhaltung. Zum Glück schlagen die Antibiotika bislang noch nicht ins Grundwasser durch.

Hingewiesen wird auf die Fachzeitschrift **Hydrologie und Wasserbewirtschaftung**, die in der Ausgabe Nr. 4/2014 einen sehr interessanten Aufsatz über Rückkoppelungen in der Ökohydrologie enthält: „Kleine Larve – große Wirkung“. Die Zeitschrift enthält auch einen Bericht über die Extremdürre von 1540, die den Extremsommer 2003 weit »in den Schatten« gestellt hat.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1047 vom 19. Okt. 2014** geht es um die großräumige Belastung des Grundwassers zwischen Baden-Baden und Rastatt mit Polyfluorierten Tensiden (PFT). Eine dubiose Kompostfirma hatte den Bauern Kompost angedreht, der hohe Konzentrationen der praktisch nicht abbaubaren Verbindung enthalten hatte. Die PFT-Affäre hat für kommunalpolitischen Zwist geführt.

Im Hinblick auf die Warsteiner Legionellen-Drama vom Aug./Sep. 2014 hat die Staatsanwaltschaft alle Verfahren eingestellt. Niemanden konnte ein schuldhaftes Verhalten nachgewiesen werden. Derzeit wird sowohl die nach wie vor hochgradig mit Legionellen belastete Werkskläranlage der Warsteiner Großbrauerei als auch die kommunale Kläranlage in Warstein so umgebaut, dass die Legionellenbelastung und -freisetzung hoffentlich signifikant eingeschränkt werden kann.

Der Ölsanabbau in Kanada ist enorm wasserintensiv und wasserverschmutzend. Jetzt ist die EU-Kommission eingeknickt und erlaubt den Import von Kraftstoffen, die aus den Ölsanden gewonnen werden. Die schlechte Treibhausbilanz der Ölsand-Treibstoffe könne man ja mit „Biosprit“ kompensieren.

Die Berichterstattung des RUNDBRIEFS über die Nordsee-Salzpipeline aus dem osthessischen Kalirevier hat in der Redaktion des Küstenmagazins WATERKANT für Aufregung gesorgt. Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1048 vom 21. Okt. 2014** berichtet über die wichtigsten Kritikpunkte aus der WATERKANT-Redaktion. Zur Klarstellung druckt der RUNDBRIEF einen Kommentar unter der Überschrift „*Die Nordsee-Pipeline als Fortsetzung der Hohe-Schornstein-Politik*“ ab.

Im **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1051 vom 19. Dezember 2014** wird ein erster Überblick über die **geplante Neufassung der Düngeverordnung** gegeben. Aus der Sicht eines stringenten Grundwasserschutzes kann der Novellentwurf nicht befriedigen: Der Entwurf beeindruckt mit einer Fülle von Ausnahmeregelungen und erstaunlich langen Übergangsfristen – teilweise bis 2025.

Der **BBU-WASSER-RUNDBRIEF Nr. 1052 vom 20. Dezember 2014** informiert über das **Störfallmanagement in der Trinkwasserversorgung**. Prof. Martin Exner, der in Deutschland am häufigste zitierte Hygiene-Fachmann für die Trinkwasserbranche, verlangt eine „*Neuorientierung*“ beim Ausbruchsmanagement. Gefordert wird u.a., die

Trinkwasserkunden im Kontaminationsfall rasch zu informieren und mögliche Störfallszenarien regelmäßig und „proaktiv“ durchzuspielen.

Veröffentlicht hat Exner seine Leitlinien zur Beherrschung von Störfällen im Hinblick auf mikrobiologische und chemische Kontaminationen in der Loseblattsammlung „Trinkwasser aktuell“. In der ersten Ergänzungslieferung zu dieser Loseblattsammlung wird auch die **Spurenstoffproblematik** behandelt („*Dem Skandalisierungspotenzial vorbeugen!*“). Außerdem geht es um die - über lange Zeit verschleppte - **Überwachung der Radonfolgeprodukte** in der Trinkwasserversorgung.

Thema ist des Weiteren im RUNDBR. 1052 der Einspruch der Umweltverbände gegen die beantragte **Neugenehmigung einer wasserrechtlichen Einleiterlaubnis für die beiden Reaktoren des französischen Uralt-Atomkraftwerkes Fessenheim** am Grand Canal d'Alsace. Die EdF will sich weiterhin genehmigen lassen, den gesamten Rheinabfluss um bis zu vier Grad Kelvin aufwärmen zu dürfen. Das AKW Fessenheim ist in den 1970er Jahren ohne Kühltürme gebaut worden und ist der mit weitem Abstand größte Abwärmeeinleiter im gesamten Rheineinzugsgebiet. Ferner ist beantragt, den Rhein mit Billionen Becquerel Tritium zu belasten sowie Schad- und Nährstoffe einzuleiten.